

## Grundsicherung statt Sozialhilfe

Die Tendenz in der Arbeitswelt ist klar erkennbar: Aus normalen Jobs wird Leiharbeit, für mehr Arbeitsleistung wird nicht mehr bezahlt, wer nicht ins System passt, rutscht in die Armut ab. Die Reichen werden immer reicher und wir kämpfen ums Überleben.

Deshalb forderte KPÖ-Sozialsprecherin LABg. Claudia Klimt-Weithaler bei einer Veranstaltung des Landes Steiermark, dass die Sozialhilfe von der Grundsicherung abgelöst wird. Die soll 14 Mal pro Jahr bezahlt werden, sich nach dem Bedarf der Bezieher und Bezieherinnen richten und deutlich über der Sozialhilfe liegen. Außerdem besteht die KPÖ auf einen Mindest-Stundenlohn von zehn Euro und die Verkürzung der Arbeitszeit auf 35 Stunden, was mehr Arbeitsplätze schaffen würde.



## LEIHARBEIT ERSETZT IMMER MEHR BESTEHENDE ARBEITSPLÄTZE

# „Wir werden immer mehr

Arbeiten in der Autoindustrie am Beispiel von Magna-Steyr: Peter Scherz ist Arbeiterkammer- und Arbeiterbetriebsrat bei Magna-Steyr Graz.

Als langjähriger Mitarbeiter des Unternehmens erlebte Peter Scherz, Arbeiterbetriebsrat bei Steyr-Magna Graz, die sich ab Mitte der 1990er-Jahre stetig verschärfende Situation für Arbeitnehmer in der Automobilbranche hautnah.

### Wie alles begann...

Wurde beim ÖGB-Kongress 1987 noch die Forderung nach einer 35-Stunden-Woche mehrheitlich beschlossen, änderten sich alles rasch, als man Mitte der 1990er-Jahre in Vorbereitung auf die EU die so genannte Flexibilisierung einleitete. „Mit dem Aufkommen der Flexibilisierung auf

Wunsch der Wirtschaft war die Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich ein Begräbnis erster Klasse“, erinnert sich Peter Scherz.

„Flexibilisierung aus volkswirtschaftlicher Sicht bedeutet“, erklärt Peter Scherz, „dass derjenige, der arbeitet, immer mehr ausgepresst werden soll, während diejenigen, die arbeitslos sind, erst recht keine Arbeit bekommen!“

### Betriebe wollen keinen Betriebsrat

Waren bereits bisher bei Produktionsengpässen 10-Stunden-Schichten über einen

längeren Zeitraum erlaubt, sieht das neue Regierungsübereinkommen dafür bis zu 12 Stunden lange Schichten vor. „Vor allem in Betrieben, wo es keinen Betriebsrat gibt, muss mit einer Verschärfung der Arbeitsbedingungen gerechnet werden“, warnt Peter Scherz. Fordert ein Betriebsrat eine Betriebsvereinbarung ein, so muss der Arbeitgeber dieser Forderung nachgeben. „Daher will man auch in vielen Betrieben keinen Betriebsrat haben.“

Selbst wenn sich für Magna aufgrund der Betriebsvereinbarungen auch künftig nicht viel ändern wird, so wächst doch der Druck permanent. „Die EU-Erweiterung hat den Druck auf die Arbeitenden zusätzlich vergrößert. Man muss mehr leisten für weniger Geld,

flexibler sein und zugleich zunehmend um den Verlust des Arbeitsplatzes fürchten.“ Teile der Produktion wurden auch bei Magna in Länder verlagert, wo billiger produziert werden kann.

### Arbeiter als Katalogware

Perfekt ins Bild der Flexibilisierung passen die Leiharbeiter. Schon jeder siebente Arbeitnehmer bei Magna Steyr ist nur geliehen. Selbst wenn Leiharbeiter zu gleichen Bedingungen beschäftigt werden müssen wie die Stamm-Mitarbeiter und auch voll in den Betrieb integriert sind, gibt Peter Scherz zu bedenken: „Als Betriebsrat kann ich nur für werkseigene Beschäftigte intervenieren. Außerdem werden gute Kollektivverträge durch